

# Befähigung der Jugend

## ZUSAMMENFASSUNG

Der Anteil junger Menschen (im Alter von 15 bis 29 Jahren) an der Gesamtbevölkerung der EU geht zurück. Junge Menschen haben im Allgemeinen einen höheren Bildungsstand als ältere Erwachsene, und die Jugendarbeitslosigkeitsquoten beginnen zu sinken. Dennoch sind junge Menschen stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Im Vergleich zu früheren Generationen neigen sie weniger dazu, ihre Gesundheit zu gefährden. So gibt es beispielsweise im Vergleich zu früher weniger junge Menschen, die rauchen, sich betrinken oder an Verkehrsunfällen beteiligt sind. Junge Menschen werden jedoch nach wie vor überdurchschnittlich häufig bei Verkehrsunfällen verletzt. Fettleibigkeit aufgrund von schlechten Essgewohnheiten und Bewegungsmangel ist nach wie vor ein Problem. Die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen wählen gehen oder bei Wahlen kandidieren, ist geringer als bei älteren Erwachsenen. In den vergangenen Jahren war jedoch ein leichter Anstieg des Interesses an Politik, politischem Engagement und Freiwilligentätigkeiten zu verzeichnen. Fast 80 % der jungen Europäer bezeichnen sich als Bürger Europas. In einer 2018 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage nannten sie Bildung, Kompetenzen und die Umwelt als die wichtigsten Prioritäten der EU.

Die Europäische Union unterstützt die Mitgliedstaaten durch eine Jugendstrategie dabei, auf die Bedürfnisse und Erwartungen junger Menschen einzugehen. Diese Strategie umfasst beispielsweise die Bereiche Beschäftigung, Unternehmertum, soziale Integration, Teilhabe, allgemeine und berufliche Bildung, Gesundheit, Wohlbefinden, Freiwilligentätigkeit, die globale Dimension, Kreativität und Kultur. Die Strategie beruht auf zahlreichen Förderprogrammen, die konkret auf junge Menschen ausgerichtet sind, wie insbesondere die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps. Außerdem greift die Strategie auf Mittel zurück, die für andere konkrete Politikbereiche vorgesehen sind. Die populärsten Maßnahmen der EU im Bereich der Befähigung der Jugend sind die dadurch geschaffenen Mobilitätsmöglichkeiten – insbesondere das Programm Erasmus. Zu den künftigen Herausforderungen zählen die Ausweitung auf ein breiteres Spektrum junger Menschen, insbesondere aus benachteiligten und schwer erreichbaren Gruppen, die bessere Sichtbarmachung der Ergebnisse des als „strukturiertes Dialog“ bezeichneten Konsultationsverfahrens und die Verbesserung der Synergien zwischen den Politikbereichen, um eine bessere Wirksamkeit zu erzielen.



### In diesem Briefing

- > Aktueller Stand
- > Erwartungen der Öffentlichkeit an das Engagement der EU
- > EU-Rahmen
- > Erfolge der laufenden Wahlperiode
- > Potenzial für die Zukunft

## Aktueller Stand

Angaben von [Eurostat](#) zufolge gibt es derzeit etwa 88 Millionen junge Europäer im Alter von 15 bis 29 Jahren. Das [entspricht](#) 17,2 % der Gesamtbevölkerung und stellt einen langsamen, aber stetigen Rückgang im Vergleich zu 2006 (19,6 %, [96,6 Millionen](#)) dar. Zwar stellen Frauen die Mehrheit der Gesamtbevölkerung, in dieser Altersgruppe ist aber das Gegenteil der Fall. Etwa 66 % der jungen Menschen leben bei ihren Eltern. 28,8 % sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

### Die acht Bereiche der EU-Strategie für die Jugend für 2010–2018

- Beschäftigung und Unternehmertum
- soziale Integration, Teilhabe
- allgemeine und berufliche Bildung
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Freiwilligentätigkeit
- die Rolle junger Menschen in der Welt
- Kreativität und Kultur

Die Europäische Union hat die Aufgabe, die Mitgliedstaaten zu unterstützen, die selbst für ihre jeweilige Jugendpolitik zuständig sind. Eine Strategie (die „[EU-Jugendstrategie](#)“), die acht Aktionsbereiche umfasst (siehe Kasten), sorgte für die Kohärenz dieser Unterstützung. Diese Kohärenz ist wichtig, da mit der Strategie auf verschiedene EU-Fonds zurückgegriffen wurde, um die Ziele zu verwirklichen. Außerdem waren verschiedene Branchen und verschiedene Entscheidungsebenen beteiligt. Ziel der Strategie war es, junge Menschen zur aktiven Beteiligung an der Gesellschaft zu ermutigen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit mehr Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und für mehr Chancengleichheit beim Zugang zu diesen Möglichkeiten zu sorgen.

Die Lage junger Menschen in der EU scheint sich in mancherlei Hinsicht zu verbessern, doch in anderen Bereichen ist sie nach wie vor nicht zufriedenstellend. Im Folgenden finden Sie eine Momentaufnahme, die in erster Linie auf einem Bericht der Kommission aus dem Jahr 2018 beruht, in dem die Lage junger Menschen in der EU beschrieben wird („[Jugendbericht](#)“). Diese Momentaufnahme zeigt die allgemeinen Trends in der EU, ohne jedoch die Unterschiede zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten oder den Einfluss von Herkunft und Geschlecht zu betrachten. Diese Unterschiede werden im Jugendbericht behandelt, mit dem ein ausführliches Bild der Lage junger Menschen in der EU gezeichnet wird. Dieser Bericht wurde veröffentlicht, damit politische Entscheidungsträger auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten überprüfen können, inwieweit die Strategie und die nationalen Maßnahmen wirken. Die [Eurobarometer-Flash-Umfrage 455 über die Jugend Europas](#), die im Januar 2018 von der Kommission veröffentlicht wurde, ist eine weitere wichtige Informationsquelle. Mit dieser Umfrage wurde der Umfang der Teilhabe der Jugend bewertet, bei der es sich um einen der Schwerpunkte der EU-Jugendstrategie handelt. Außerdem kann die Kommission so besser einschätzen, in welchen Bereichen die jungen Menschen von der EU ein stärkeres Engagement erwarten. Diese Bereiche werden im Folgenden erörtert.

## Entwicklungen

Junge Menschen und Kinder verbringen im Durchschnitt 17 Jahre in der formalen [Bildung](#). 2016 hatten 83 % der 20- bis 24-Jährigen die Sekundarstufe II abgeschlossen (im Vergleich zu 69 % der 55- bis 64-Jährigen). 40 % der 30- bis 34-Jährigen hatten einen Hochschulabschluss. Das entspricht einem Anstieg um 5 % seit 2010. Die Anzahl der jungen Menschen, die die Schule vorzeitig abbrechen, geht zurück. 2017 verfügten 79 % der 16- bis 24-Jährigen mit hohem Bildungsstand über [digitale Kompetenzen](#), die über Grundkenntnisse hinausgehen. Im Gegensatz dazu verfügten nur 57 % der Erwachsenen mit hohem Bildungsstand (25- bis 64-Jährige) über digitale Kompetenzen auf demselben Niveau.

Der Anteil junger Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden, lag 2016 bei 11,6 %. Das stellt eine Verbesserung gegenüber dem Höchstwert von 13,2 % aus dem Jahr 2012 dar. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren gehen mehr junge Menschen einer Beschäftigung nach. 22-Jährige gehen eher einer Beschäftigung nach, als dass sie studieren. Die Jugendarbeitslosigkeit erreichte 2013 mit 23,6 % ihren Höchststand, und obwohl dieser Wert 2016 um 4,6 % gesunken ist, liegt er nach wie vor über den Werten von vor der Rezession von 2007. 18- bis 34-jährige interessieren sich tendenziell eher als ältere Erwachsene dafür, ein Unternehmen zu gründen, doch junge Menschen gründen eher Unternehmen in der Dienstleistungsbranche als in der verarbeitenden Industrie.

Im Durchschnitt ziehen junge Menschen im Alter von 26 Jahren bei ihren Eltern aus. Das hat sich seit 2010 nicht verändert. Der Zugang zu angemessenem Wohnraum ist für junge Menschen besser geworden, und in den meisten Ländern geht die Überbelegungsquote für junge Menschen zurück. Die Quoten der erheblichen materiellen Deprivation sind niedriger als im Jahr 2010, doch dieses Problem betrifft nach wie vor 8,3 % der Kinder im Alter von bis zu 14 Jahren und 8,7 % der jungen Menschen.

Der Anteil der jungen Menschen, die sich keine medizinische Versorgung leisten können, ist von 2 % im Jahr 2010 auf 1,4 % im Jahr 2016 zurückgegangen. Junge Menschen scheinen auch weniger dazu zu neigen, ihre Gesundheit zu gefährden. 2014 waren weniger junge Menschen Raucher als im Jahr 2008. Dennoch griffen 15,5 % der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren und 24,6 % der jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren täglich zur Zigarette. Außerdem gaben im Jahr 2015 im Vergleich zu 2011 weniger 16-Jährige an, im Laufe eines Monats mindestens einmal betrunken gewesen zu sein. Der Anteil junger Menschen, die an Verkehrsunfällen beteiligt sind, ist in vielen Mitgliedstaaten zurückgegangen. Junge Menschen werden jedoch nach wie vor überdurchschnittlich häufig bei Verkehrsunfällen verletzt.

Das Interesse an Freiwilligentätigkeiten scheint zu wachsen. 2017 waren 31 % ehrenamtlich tätig, was im Vergleich zu 2011 einem Anstieg um 7 % entspricht<sup>1</sup>. Auch der Anteil junger Menschen, die sich auf kommunaler Ebene engagieren, ist leicht gestiegen (2011: 12 %, 2017: 13 %). Knapp über 50 % der 15- bis 24-Jährigen gaben 2017 an, sich für Politik zu interessieren. 2010 lag dieser Wert bei etwa 40 %. Das Interesse ist in diesem Zeitraum zwar in allen Altersgruppen gestiegen, doch bei den jungen Menschen wurde der stärkste Anstieg verzeichnet. 2017 gaben 16 % der jungen Menschen außerdem an, ihre Ansichten und Ideen im Internet zu äußern. Fast 80 % der jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren beteuerten 2017, sich als EU-Bürger zu fühlen. Dieser Wert ist um 9 % höher als im Jahr 2010. Bei dieser Altersgruppe wurde der stärkste Anstieg verzeichnet, und gleichzeitig ist sie die Altersgruppe mit dem höchsten Zustimmungswert für dieses Gefühl. Auch bei den 25- bis 39-Jährigen wurde ein Anstieg um 9 % verzeichnet.

## Herausforderungen

Ein Fünftel der 15-Jährigen in der EU verfügt in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften über keine soliden Kenntnisse. Fremdsprachen werden zwar in allen Mitgliedstaaten unterrichtet, doch nur wenige Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, zu überprüfen, ob die Schüler die Sprache selbständig verwenden können. Nur 47 % der 16- bis 24-Jährigen mit einem niedrigen Bildungsstand verfügen über digitale Kompetenzen, die über die Grundkenntnisse hinausgehen. 20 % verfügen hingegen nur in geringem Maße über digitale Kompetenzen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass 25- bis 29-Jährige mit einem Abschluss der Sekundarstufe I oder weniger arbeitslos sind, ist dreimal höher als bei Hochschulabsolventen dieser Altersgruppe. 5,4 % der jungen Arbeitskräfte zählen zu den Langzeitarbeitslosen. 2016 hatten 39,6 % der 20- bis 24-Jährigen und 23,1 % der 25- bis 29-Jährigen befristete Arbeitsverträge. Bei jungen Menschen wird viel häufiger auf diese Verträge zurückgegriffen als bei anderen Altersgruppen. Sie können zwar ein wichtiges Sprungbrett darstellen, doch manche junge Menschen finden sich in einem Teufelskreis wieder, in dem sich befristete Arbeitsverträge mit Arbeitslosigkeit abwechseln. Das schwächt ihre

finanzielle Sicherheit und reduziert ihre Chancen auf die Entwicklung ihrer Kompetenzen und ihrer Karriere. 2016 arbeitete ein Fünftel der 15- bis 24-Jährigen in Schichtarbeit, an Wochenenden und an Abenden, während dieser Wert bei älteren Arbeitnehmern nur ein Sechstel betrug.

2016 lebten 11 % der jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren und 12,1 % der jungen Menschen im Alter von 25 bis 29 Jahren in Haushalten, in denen nur sehr eingeschränkt einer Erwerbstätigkeit nachgegangen und wenig verdient wurde. Der Anteil junger Menschen im Alter von 25 bis 29 Jahren, die davon betroffen sind, ist zwischen 2010 und 2016 um 2 % gestiegen, womit sie die am stärksten gefährdete Gruppe in der Gesamtbevölkerung darstellen. Der Anteil ist bei allen jungen Menschen gestiegen, sogar wenn Haushalte, in denen nur Studierende leben, nicht mitgerechnet werden. Bei Kindern und Erwachsenen im Haupterwerbsalter ist der Anteil hingegen zurückgegangen.

Ein Drittel der 20- bis 24-Jährigen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, tut dies aufgrund von Alternativlosigkeit. Armut trotz Erwerbstätigkeit betraf 10,4 % der jungen Menschen zwischen 16 und 29 Jahren (im Vergleich zu 9,7 % der 25- bis 54-Jährigen). Dieses Phänomen nimmt jedoch in den meisten Mitgliedstaaten bei allen Altersgruppen zu. Junge Menschen sind am stärksten von dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Der Anteil junger Menschen, die gefährdet sind, ist seit 2010 um 2 % gestiegen, während der Anteil der gefährdeten Kinder im selben Zeitraum um 1 % zurückgegangen ist. Beide Gruppen sind jedoch stärker gefährdet als die Allgemeinbevölkerung. Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei 16- bis 29-Jährigen, die außerhalb der EU geboren wurden (50 %).

Das Armutsrisiko ist bei jungen Menschen, die ein unabhängiges Leben führen, um fast 18 % höher, und dieser Anteil steigt in den meisten Mitgliedstaaten weiter an. 2016 wohnten 7 % der jungen Menschen in überbelegten Gebäuden, die ein undichtes Dach, kein Bad, keine Dusche oder keine Innentoilette hatten oder zu dunkel waren. Dieser Wert ist anderthalbmal so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung. Für mehr als 14 % der 20- bis 29-Jährigen machen die Wohnkosten mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens aus (für die Gesamtbevölkerung liegt dieser Wert bei 11,1 %).

2014 waren durchschnittlich 5,8 % der jungen Menschen fettleibig. Das entspricht einem Drittel des Anteils in der Gesamtbevölkerung (15,4 %), doch auch bei jungen Menschen ist Fettleibigkeit aufgrund ungesunder Essgewohnheiten und geringer körperlicher Aktivität ein immer größeres Problem. Fast 5 % der jungen Menschen zeigen mittelschwere bis schwere Depressionssymptome (bei der Gesamtbevölkerung liegt dieser Wert bei 6,3 %). Die Selbstmordraten blieben in der EU mit 6,5 Selbstmorden pro 100 000 Einwohnern weitgehend unverändert.

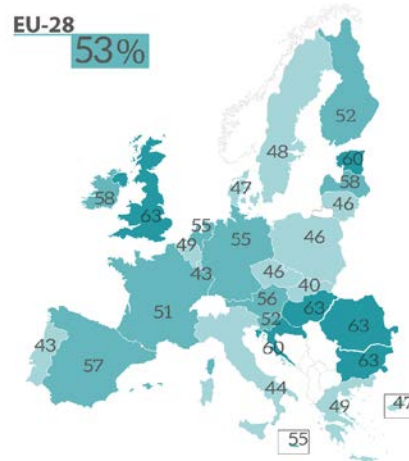
Die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen wählen gehen oder bei Wahlen kandidieren, ist nicht sehr hoch. Die Wahlbeteiligung der 15- bis 30-Jährigen fiel von 79 % im Jahr 2011<sup>2</sup> auf 46 % im Jahr 2014. 2017 stieg sie jedoch erneut auf 64 %<sup>3</sup>. Wenn junge Menschen wählen gehen, beteiligen sie sich eher an kommunalen und nationalen Wahlen als an regionalen Wahlen und der Europawahl. Der Anteil der Mitglieder des Europäischen Parlaments unter 30 Jahren fiel von 3,4 % im Jahr 2009 auf 1,9 % im Jahr 2014. 2017 gaben 7 % der jungen Europäer an, Mitglied einer Partei zu sein. Im Vergleich zu 2011 entspricht das einem Anstieg um etwa 5 %.

## Erwartungen der Öffentlichkeit an das Engagement der EU<sup>4</sup>

Abbildung 1 – Welchen der folgenden Themen sollte die EU Ihrer Meinung nach Priorität einräumen? (%)



Abbildung 2 – Prozentsatz der jungen Menschen, die Bildung und Kompetenzen als oberste Priorität für die EU angaben



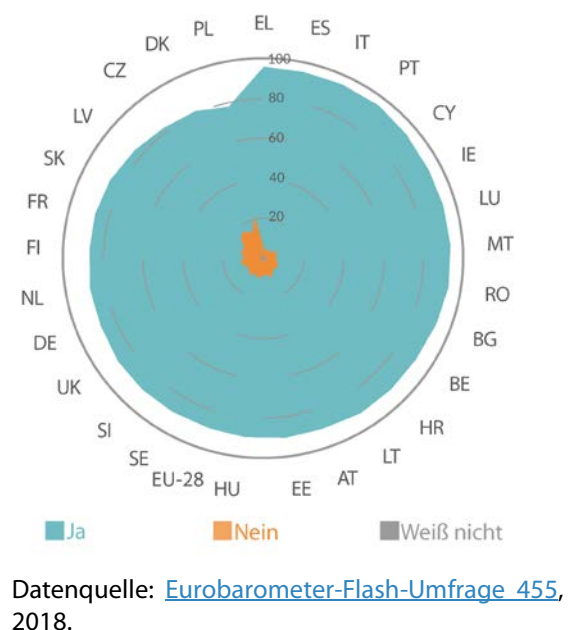
Datenquelle: [Eurobarometer-Flash-Umfrage 455](#), 2018.

Im Rahmen der Eurobarometer-Flash-Umfrage 455 wurden junge Menschen gebeten, bis zu drei Themen (siehe Abbildung 1) zu nennen, die ihrer Meinung nach für die EU eine Priorität darstellen sollten. Außerdem konnten sie weitere Themen angeben oder die Antwortmöglichkeiten „keine“ oder „weiß nicht“ wählen. Die letzteren Optionen sind in der Abbildung nicht dargestellt, da die Option „keine“ von 1 % und die anderen beiden Optionen von 0 % der Befragten angegeben wurden. Der Bereich „Bildung und Kompetenzen“ wurde am häufigsten genannt (53 %), dicht gefolgt von „Umwelt“ (50 %) und „Beschäftigung“ (42 %). Die Themen „Freizügigkeit“, „Solidarität“ und „demokratische Teilhabe“ wurden am seltensten genannt. Bei den Prozentwerten handelt es sich jeweils um den EU-weiten Durchschnitt. In Abbildung 2 sind die Antworten für den Bereich „Bildung und Kompetenzen“ nach Mitgliedstaat aufgeschlüsselt. Am oberen Ende der Skala befinden sich Bulgarien, Rumänien, Ungarn und das Vereinigte Königreich, wo jeweils 63 % der Befragten den Bereich „Bildung und Kompetenzen“ als Priorität nannten. Am unteren Ende befindet sich die Slowakei, wo 40 % der Befragten dieses Thema auswählten. Der Umfrage zufolge liegt dieses Thema in der Slowakei jedoch gemeinsam mit dem Thema „Beschäftigung“ an zweiter Stelle, während das Thema „Umwelt“ (46 %) am häufigsten genannt wurde. Interessant ist, dass der für junge Menschen wichtigste Bereich für Maßnahmen der EU ein Bereich ist, der aus rechtlicher Sicht eigentlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, wobei die EU jedoch konkrete [Ziele](#) festgelegt hat, die sie bis 2020 verwirklichen möchte.



Der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten EU-Durchschnittswert für einen vorrangigen Bereich liegt bei 41 Prozentpunkten. Die demokratische Teilhabe erzielte den geringsten Wert. Junge Menschen in Dänemark nannten dieses Thema am häufigsten (24 %), während es in Italien am seltensten genannt wurde (4 %). Das spiegelt sich auch in Statistiken über die geringe Wahlbeteiligung junger Menschen wider. Als die jungen Menschen jedoch gefragt wurden, ob sie der Meinung sind, dass die nationalen Regierungen die Schulbildung über ihre Rechte und Pflichten als EU-Bürger ausbauen sollten, sprachen sich 89 % der Befragten dafür aus, während 10 % gegenteiliger Ansicht waren und 1 % unentschieden war (siehe Abbildung 3). Das bedeutet, dass so gut wie alle Befragten eine Meinung zu dieser Frage hatten. Die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“ wurde in sieben Mitgliedstaaten (AT, EL, IE, IT, NL, PL und SI) von 0 % der Befragten gewählt; nur in Dänemark entschieden sich 5 % der Befragten für diese Option. In 16 Mitgliedstaaten (AT, BE, BG, CY, EE, EL, ES, HR, HU, IE, IT, LT, LU, MT, PT und RO) stimmten 90 % oder mehr der Befragten der Aussage zu. Junge Menschen in Polen stimmten am seltensten zu, doch auch hier lag die Zustimmung noch bei 78 %. Das stimmt mit der Tatsache überein, dass sich junge Menschen trotz ihrer geringen Wahlbeteiligung für Politik interessieren. Aus dem oben genannten Jugendbericht geht jedoch hervor, dass sie ihre Ansichten lieber in den sozialen Medien zum Ausdruck bringen.

Abbildung 3 – Die nationalen Regierungen sollten die Schulbildung über die Rechte und Pflichten der EU-Bürger ausbauen (%)



## EU-Rahmen

### Gesetzlicher Rahmen

Da die europäische Jugendstrategie mehrere Politikbereiche umfasst, beruhen Maßnahmen der EU sowohl auf den Verträgen als auch auf den EU-Rechtsvorschriften für den jeweiligen Politikbereich.

- Im Vertrag über die Europäische Union (EUV) sind die Grundwerte der Europäischen Union festgelegt – Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Gemäß [Artikel 3 Absatz 3](#) ist der Binnenmarkt mit dem Umweltschutz, der sozialen Gerechtigkeit, dem Zusammenhalt und der Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt verbunden. Im Rahmen der europäischen Jugendstrategie werden diese Werte durch Bemühungen in die Tat umgesetzt, mit denen die Rolle junger Menschen gestärkt und ihre bürgerschaftliche und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft und weltweit gefördert werden soll.
- In [Artikel 6](#) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist festgelegt, dass die Union für die Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten in den Bereichen Jugend, allgemeine und berufliche Bildung, Sport, Kultur sowie Schutz und Verbesserung der menschlichen Gesundheit zuständig ist. Auf all diese Bereiche wird in der europäischen Jugendstrategie eingegangen.
- [Artikel 165](#) AEUV ermöglicht es der EU, junge Menschen dabei zu fördern, Erfahrungen in anderen Mitgliedstaaten zu sammeln und sich aktiv am demokratischen Leben zu beteiligen. In diesem Artikel ist auch klargestellt, dass die EU die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten fördern und so zu einer hochwertigen Bildung beitragen kann. Dabei sollte sie die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte, die Gestaltung

des Bildungssystems und die Wahrung der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen achten. Artikel 165 AEUV ermöglicht es der EU außerdem, die europäische Dimension des Sports als Freiwilligentätigkeit mit sozialer und pädagogischer Funktion zu fördern.

- Nach [Artikel 166](#) AEUV ist die EU befugt, eine Politik der beruflichen Bildung einzuführen, mit der die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unter Beachtung ihrer Verantwortung unterstützt und ergänzt werden.
- Auch in anderen konkreten Artikeln<sup>5</sup> des Vertrags ist festgelegt, dass die Union über Zuständigkeiten in den Bereichen Beschäftigung und Unternehmertum, soziale Inklusion, Gesundheit und Wohlbefinden sowie Kreativität und Kultur verfügt. Durch die Klauseln zur durchgängigen Berücksichtigung ([Artikel 9](#) AEUV) werden Synergien zwischen der Politik und der Jugendstrategie möglich.

## Finanzrahmen

Im Rechtsrahmen ist zwar festgelegt, was die EU tun kann, um die Jugend zu stärken, dies erfordert jedoch konkrete Maßnahmen, die von der Finanzierung abhängen. Die EU verfügt über eine Reihe von Förderprogrammen, die speziell auf junge Menschen ausgerichtet sind. Mit anderen Förderprogrammen, in deren Rahmen eine Vielzahl von Branchen und Politikbereichen unterstützt werden, können zudem Maßnahmen finanziert werden, die auch jungen Menschen zugutekommen.

Das Programm [Erasmus+](#) (2014–2020) ist das Finanzierungsprogramm der EU für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Mit einem Budget von knapp 15 Mrd. EUR soll 4 Millionen Teilnehmern Lernmobilität ermöglicht werden. Über 100 000 Schulen, Einrichtungen der beruflichen Bildung, Ausbildungsinstitute, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Unternehmen haben sich zusammengeschlossen, um Partnerschaften und Allianzen für innovative Projekte zu schmieden, in deren Rahmen Know-how und Kompetenzen für spezifische Branchen entwickelt werden.

Derzeit wird ein neuer Vorschlag zur Verlängerung der Laufzeit der Programmaktivitäten im Zeitraum 2021–2027 erörtert. Der Vorschlag sieht Mittel in Höhe von etwa 30 Mrd. EUR vor, davon 3 Mrd. EUR für Jugend, 25 Mrd. EUR für allgemeine und berufliche Bildung und 550 Mio. EUR für Breitensport. Ziel ist es, 12 Millionen Teilnehmer zu erreichen, also dreimal so viele wie beim aktuellen Programm. Das Parlament strebt eher eine Mittelausstattung von 45 Mrd. EUR an und will den Schwerpunkt stärker auf die Einbeziehung benachteiligter junger Menschen setzen.

Die [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) wurde 2013 ins Leben gerufen, um junge Menschen in Regionen zu unterstützen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 bei über 25 % lag, und 2016 wurde sie verlängert. Das Gesamtbudget der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen für alle förderfähigen Mitgliedstaaten beläuft sich für den Zeitraum 2014–2020 auf 8,8 Mrd. EUR.

Die Initiative ist in einen Rahmen – die [Jugendgarantie](#) – eingebettet, bei der es sich um die Zusage aller Mitgliedstaaten handelt, dass Jugendliche unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit oder nach Beendigung der formalen Ausbildung ein vorteilhaftes Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Ausbildungsstelle oder ein Praktikum erhalten. Seit 2014 haben jedes Jahr mehr als 3,5 Millionen junge Menschen ein solches Angebot angenommen.

Das Programm führte zur Entwicklung einer Reihe von [Projekten](#) in den Mitgliedstaaten, zu denen zum Beispiel die Zentren für lebenslange Berufsberatung in Kroatien gehören. Derzeit sind elf solcher Zentren in Betrieb, bis 2020 sollen es doppelt so viele werden. Die finanzielle Unterstützung der EU aus dem Europäischen Sozialfonds und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen fließt in die nationalen Ausgabenprogramme ein. Die [Gesamtkosten](#) des Programms in allen Mitgliedstaaten werden auf etwa 50 Mrd. EUR pro Jahr veranschlagt, während ein Verzicht darauf 162 Mrd. EUR jährlich an Leistungen sowie an Einkommens- und Steuerausfällen gekostet hätte.

[Erasmus für junge Unternehmer](#) ist ein Austauschprogramm, das jungen Unternehmensgründern die Möglichkeit bietet, von erfahrenen Unternehmern in einem anderen teilnehmenden Staat zu lernen. Dabei arbeiten die jungen Unternehmer während eines Zeitraums von einem bis sechs Monaten mit erfahreneren Unternehmern zusammen. Alle Unternehmer kommen aus Kleinstunternehmen bzw. aus kleinen oder mittleren Unternehmen. Bis 2020 verfügt das Programm über eine [Mittelausstattung](#) von 55,3 Mio. EUR.

Das [Europäische Solidaritätskorps](#) ist eine Erweiterung des Europäischen Freiwilligendienstes im Rahmen von „Erasmus+“. Als er dieses Programm in seiner Rede zur Lage der Union 2016 ankündigte, betonte der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, dass es wichtig sei, in junge Menschen zu investieren, indem ihnen neue Möglichkeiten geboten werden. Über das Korps beteiligen sich junge Menschen an Solidaritätsprojekten, mit denen das Zugehörigkeitsgefühl zum europäischen Projekt sowie einer seiner grundlegendsten Werte gefördert werden und die jungen Menschen dabei unterstützt werden, ihre Kompetenzen und ihre Beschäftigungsaussichten zu verbessern. Für den Zeitraum 2018–2020 verfügt das Korps über ein [Gesamtbudget](#) von 375,6 Mio. EUR. Ziel ist es, 100 000 junge Freiwillige zu gewinnen. Das Parlament erörtert derzeit einen neuen Vorschlag zur Verlängerung der Laufzeit auf die Jahre 2021–2027.

## Erfolge der laufenden Wahlperiode

### Politische Initiativen der EU

Die Rechtsgrundlage und die Förderprogramme ermöglichen es den Mitgliedstaaten, gemeinsam politische Initiativen auf EU-Ebene zu ergreifen. Mit einigen dieser Initiativen werden Standards festgelegt oder Referenzwerte vorgeschlagen, andere sind projektspezifisch und fördern Entwicklungen in bestimmten Bereichen.

- Die Mobilität der Studierenden wird nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch dadurch, dass Hochschulen dazu angehalten werden, innerhalb des sogenannten [Europäischen Hochschulraums](#) Studieninhalte anzuerkennen.
- Dank eines gleichwertigen [Verfahrens](#) für die Berufsbildung haben Lernende in Berufsbildungsgängen die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz in einem anderen Mitgliedstaat in Anspruch zu nehmen.
- Berufsbildungseinrichtungen in verschiedenen Mitgliedstaaten können in Zusammenarbeit mit Behörden und Unternehmen auch [Projekte](#) entwickeln, um ihre Programme besser auf die berufliche Praxis auszurichten.
- Der [Europäische Qualifikationsrahmen](#), der einheitliche Definitionen für verschiedene Qualifikationsniveaus festlegt, und der [Europass](#), der Unterlagen umfasst, mit denen künftigen Arbeitgebern in ganz Europa problemlos Kompetenzen und Fähigkeiten dargelegt werden können, werden derzeit [aktualisiert](#).
- Es werden EU-Instrumente zur [Anerkennung von Kompetenzen](#) entwickelt, die bei Freiwilligeneinsätzen oder sonstigen Erfahrungen im Ausland erworben wurden.
- Die Kommission bietet jungen Menschen im Rahmen von Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps Möglichkeiten für eine Freiwilligentätigkeit, um auf diese Weise grenzüberschreitende Freiwilligeneinsätze zu fördern. Sie hat außerdem eine Datenbank für Freiwilligeneinsätze eingerichtet, die über das [europäische Jugendportal](#) zugänglich ist.

Europäische Minister haben dem [Lernen am Arbeitsplatz](#) für den Zeitraum 2015–2020 obersten Stellenwert eingeräumt. Infolgedessen wurden mehrere Initiativen ins Leben gerufen, zu denen etwa die folgenden gehören:

- die [Blaupause zur Branchenzusammenarbeit für Kompetenzen](#), mit der die strategische Zusammenarbeit der Interessengruppen im Einklang mit der 2016 von der Kommission angenommenen [neuen europäischen Agenda für Kompetenzen](#) gefördert wird, damit Vermittelbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden,



- der von der Kommission und [CSR Europe](#) vorgeschlagene [Europäische Pakt für die Jugend](#), mit dem im Einklang mit der Erklärung des Rates zu einer [Europäischen Ausbildungsallianz](#) und der Empfehlung des Rates zu einem [Qualitätsrahmen für Praktika](#) Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Bildung, Ausbildungsstellen, Stellen für Praktika oder Arbeitsplätze für Berufseinsteiger geschaffen werden sollen,
- die [Europäische Woche der Berufsbildung](#), mit der sensibilisiert werden soll.

In der [Erklärung von Paris](#) von 2015 wurden die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, ihre Bemühungen auf die Bekämpfung von Ungleichheiten, Rassismus und Diskriminierung zu konzentrieren, staatsbürgerliche Bildung zu fördern und die Medienkompetenz und die Fähigkeit zu kritischem Denken bei jungen Leuten auszubauen.

- Im EU-Arbeitsplan für die Jugend für den Zeitraum 2016–2018 wurde jungen Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind, [Priorität](#) eingeräumt. Um Ausgrenzung zu bekämpfen, wird in seinem Rahmen auf Überwachungsinstrumente wie etwa das Jugend-Wiki zurückgegriffen.
- Der Rat hat die Rolle von [Jugendarbeit](#) und ihre Förderung im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts erörtert. Die Kommission hat außerdem ein [Handbuch](#) (2016) und zahlreiche Studien veröffentlicht, um die politische Debatte über Jugendarbeit zu untermauern.
- Mit der [Strategie für Inklusion und Vielfalt](#) wird dafür gesorgt, dass es sich bei etwa einem Drittel der Teilnehmer an der Jugendkomponente von Erasmus+ um benachteiligte junge Menschen handelt.
- Die Kommission hat die [Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung](#) ins Leben gerufen, um Hürden für Lernende mit besonderen Bedürfnissen abzubauen.
- Zwar sind der Grundsatz der Gleichstellung und das Verbot von Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität in den Rechtsvorschriften der EU verankert, Studien zeigen jedoch, dass Homophobie und Mobbing in Schulen noch immer ein Problem sind. Mit EU-Mitteln werden [Programme](#) finanziert, die auf das Verhalten in Schulen und lokalen Gemeinschaften sowie auf den internationalen Austausch über bewährte Verfahren abzielen.

Die EU hat Netzwerke von Mitgliedstaaten unterstützt, um Gesundheit und Wohlergehen der Bevölkerung generell – darunter auch junger Menschen – zu fördern. Die Teilnehmer tauschen Erfahrungen aus und lernen voneinander. Außerdem denken sie strategischer und werden dazu ermutigt, couragierter vorzugehen. Beispiele hierfür sind die [EU-Plattform für Ernährung, Bewegung und Gesundheit](#), der [Aktionsplan zum Alkoholkonsum Jugendlicher und zu episodischen Alkoholexzessen](#) (2014–2016), das [Forum der Zivilgesellschaft für HIV/AIDS, Hepatitis und Tuberkulose](#) und die [gemeinsame Maßnahme für geistige Gesundheit und geistiges Wohlbefinden](#).

Um die Teilhabe junger Menschen weltweit zu fördern, finanziert die EU im Wege von Erasmus+ internationale Mobilitätsprojekte für junge Menschen und Jugendarbeiter.

- Mit Projekten der internationalen [Jugendzusammenarbeit](#) können junge Menschen aus der EU, aus Diasporagemeinschaften und aus durch Partnerschaften eingebundenen Regionen neue Ansätze in vorgegebenen Politikbereichen erproben. Dies umfasst eine [verstärkte Zusammenarbeit](#) mit den Nachbarländern der EU.
- [Jährliche Symposien](#), die gemeinsam mit dem Europarat veranstaltet werden, bringen Jugendpolitiker, Forscher, Jugendarbeiter und junge Menschen zusammen.

[Kreatives Europa](#) – das Programm der EU für die [Kultur- und Kreativbranche](#) – und [Erasmus+](#) fördern Projekte, die die Kreativität junger Menschen stärken, ihren Zugang zu Kultur und neuen Technologien verbessern, spezielle Ausbildungsmaßnahmen unterstützen, Partnerschaften zwischen der Kultur- und Kreativbranche, Jugendorganisationen und Jugendarbeitern fördern, die Begabungen junger Menschen hervorbringen und das Wissen über Kultur und Erbe vergrößern.

Im Mai 2018 nahm die Kommission einen [Vorschlag](#) für die neue EU-Strategie 2019–2027 für junge Menschen an. Die neue Strategie lässt sich mit den Worten „Beteiligung, Begegnung und Befähigung“ zusammenfassen. Für diese Aktionsbereiche wurden unter Beteiligung junger Menschen aus der gesamten EU elf Einzelziele festgelegt. Die neue Strategie trat am 1. Januar 2019 in Kraft.

#### Die elf Ziele der EU-Strategie 2019–2027 für junge Menschen:

- Schaffung einer Verbindung zwischen der EU und der Jugend
- Gleichstellung aller Geschlechter
- inklusive Gesellschaften
- Information und konstruktiver Dialog
- geistige Gesundheit und geistiges Wohlbefinden
- Förderung der Landjugend
- gute Jobs für alle
- wertvolle Ausbildungsangebote
- Raum und Teilhabe für jedermann
- ein nachhaltiges grünes Europa
- Jugendorganisationen und europäische Programme

## Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass die derzeitige Methode zur Entwicklung der Jugendpolitik durch andere Maßnahmen ergänzt werden muss, die besser koordiniert und gezielter ausgerichtet sind. Es sprach sich im Laufe dieser Wahlperiode und im Hinblick auf Maßnahmen zur Stärkung der Jugend dafür aus, benachteiligte junge Menschen zu einer aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben zu [befähigen](#). Es wies darauf hin, dass an Schulen [vermittelt](#) werden sollte, wie die EU funktioniert und wie sich junge Menschen Gehör verschaffen können. Es bekräftigte, dass Bildung und [Kultur](#) bei der Förderung eines interkulturellen [Dialogs](#) eine Rolle spielen, der die Sichtweisen junger Menschen einbezieht, die unter mehreren Ausprägungen von Diskriminierung leiden.

Das Europäische Parlament machte darauf [aufmerksam](#), dass Ungleichheiten das europäische Projekt gefährden, und es forderte Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen sowie andere Maßnahmen wie etwa den universellen Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, mit denen auf die [sozialen Bedürfnisse](#) junger Menschen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, und von [Flüchtlingen](#) eingegangen wird. Es verwies auf die große Bedeutung von Investitionen in die Förderung der öffentlichen [Gesundheit](#) und in die Vorsorge sowie auf die Auswirkungen umwelt-, gesundheits-, bildungs- und kulturpolitischer Maßnahmen auf die [Nachhaltigkeitsziele](#). Diese Themen und Maßnahmen wirkten sich unmittelbar auf junge Menschen aus.

Das Europäische Parlament [betonte](#), dass es flexibler und auf den Lernenden zugeschnittener Bildungssysteme bedarf, die die Lernenden nicht auf ihren ursprünglich eingeschlagenen Weg festlegen. Bildung sollte die Kommunikationsfähigkeiten junger Menschen und deren Selbstvertrauen fördern. Sie sollte [moderner gestaltet](#) werden, um Inklusion zu verbessern, Ungleichheiten zu bekämpfen und besser mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Insbesondere würden Bildungsmaßnahmen für junge [Einwanderer](#) und Flüchtlinge deren soziale Inklusion stärken.

Das Europäische Parlament hob außerdem hervor, dass in Bildung investiert werden muss, damit digitale Kompetenzen verbessert werden und die [digitale Kluft](#) geschlossen wird. Schulen sollten neue Technologien in den Unterricht integrieren, zumal die neuen [5G-Technologien](#) eingeführt werden, die den künftigen Arbeitsmarkt und andere Lebensbereiche revolutionieren werden. Das Parlament sprach sich [für](#) eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Einrichtungen der

beruflichen Bildung, Behörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft aus, mit der insbesondere Lernende und Jugendorganisationen zur Zusammenarbeit angeregt werden, damit das Kompetenzprofil junger Menschen besser auf den Bedarf von Arbeitgebern abgestimmt werden kann. Das Parlament [wies darauf hin](#), dass Frauen, die mittlerweile die Mehrheit der Hochschulabsolventen ausmachen, nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Mädchen müssten ermutigt werden, sich in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu engagieren, und lebenslanges Lernen und lebenslange Beratung wären für benachteiligte Gruppen von größter Bedeutung.

Mit Blick auf Programme und Initiativen der EU hob das Europäische Parlament die große Bedeutung der [EU-Initiativen](#) hervor, die Mobilität ermöglichen und zu denen etwa Erasmus+, der Europäische Qualifikationsrahmen, der Europass-Lebenslauf, der Europäische Qualifikationspass und das Europäische Portal zur beruflichen Mobilität (EURES) gehören.

Es wies darauf hin, dass die Ziele des [Nachfolgeprogramms](#) von Erasmus+ mit den Zielen der EU-Strategie für junge Menschen in Einklang gebracht werden sollten. Es bedürfte zusätzlicher Finanzmittel, um den Zugang benachteiligter junger Menschen wie etwa [Roma](#) zu [verbessern](#). Das Europäische Parlament möchte die Mobilitätschancen junger Menschen in der [höheren](#) und der [beruflichen Bildung](#) stärken. Es wies außerdem auf die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Rahmen von Erasmus erworbenen Qualifikationen an der Bildungseinrichtung im Heimatland hin. Es forderte eine [Vereinfachung](#) von Erasmus+, um die Beteiligung von kleinen Organisationen insbesondere im Bereich des Sports zu verbessern.

Das Europäische Parlament [betonte](#) die wichtige Rolle des nicht formalen und des informellen Lernens im Wege einer Beteiligung an Aktivitäten im Sport und an Freiwilligeneinsätzen, um die staatsbürgerlichen, sozialen und interkulturellen Fähigkeiten junger Menschen zu fördern. Es [beharrte](#) darauf, dass das Europäische Solidaritätskorps in eine umfassendere politische Strategie zur Förderung der Freiwilligentätigkeit eingebunden wird. Während der Verhandlungen über die Verordnung für dieses Korps [sicherte](#) das Europäische Parlament zusätzlich zu den Beiträgen aus bestehenden Programmen 76 Mio. EUR an zusätzlichen Geldern für das Programm und sorgte dafür, dass 90 % der Mittel für Freiwilligentätigkeit aufgewendet werden.

Das Europäische Parlament forderte außerdem gesonderte Maßnahmen, mit denen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen eingegangen wird, wie etwa den [Abbau von Hindernissen](#) für eine hochwertige inklusive Bildung und den uneingeschränkten Zugang zu EU-Programmen wie Erasmus+, dem Europäischen Solidaritätskorps und der Jugendgarantie.

Das Parlament forderte außerdem eine [wirksame Überwachung](#) der Jugendgarantie, damit festgestellt werden kann, ob die Ergebnisse von Dauer sind. Die Mitgliedstaaten sollten die [Kosten](#) berechnen, damit realistische Ziele und Vorgaben gesetzt werden. Das Europäische Parlament wies darauf hin, dass dieses EU-Programm nicht an die Stelle von Ausgaben der Mitgliedstaaten treten sollte. Es forderte einen [Rechtsrahmen](#) mit Mindeststandards für die Qualität von Ausbildungsstellen und für Löhne sowie den Abbau grenzüberschreitender Hindernisse für Berufsbildungsangebote und Praktika.

Es wies auf die Tatsache hin, dass die Kernarbeitsnormen und andere Qualitätsstandards von größter Bedeutung für die [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) sind, und [bedauerte](#), dass junge Menschen, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren, keinen Zugriff auf die Jugendgarantie haben. Außerdem bedauerte es die Abwanderung junger Menschen aus der EU, die andernorts einen Arbeitsplatz suchen. Es forderte Rechtsvorschriften, mit denen junge Menschen unterstützt werden, die ein [Unternehmen gründen](#) möchten, und ersuchte die Mitgliedstaaten, für das Programm „Erasmus für junge Unternehmer“ zu [werben](#).

Das Parlament forderte die Aufnahme der [Kultur- und Kreativbranche](#) in die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und unterstrich, dass der [Zugang](#) junger Menschen zu Kultur verbessert werden muss, indem finanzielle Hürden abgebaut werden und das [Interesse](#) hierfür im Rahmen von Bildungsangeboten geweckt wird.

Das Europäische Parlament nimmt gemeinsam mit dem Rat Rechtsvorschriften über EU-Förderprogramme an. Es trägt dazu bei, indem es zunächst die Vorschläge der Kommission prüft, um sicherzustellen, dass sie optimal auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnitten sind, und dann die Umsetzung in seiner Eigenschaft als Haushaltsbehörde überwacht. Außerdem schlägt es [Pilotprojekte](#) vor, die, wenn sie erfolgreich sind, in EU-Programme münden können. Das Europäische Parlament setzt sich im Rahmen der Gespräche vor der Verabschiedung des EU-Haushaltsplans konsequent dafür ein, den Anteil der für Bildung bestimmten Mittel beizubehalten, und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Mittel für Erasmus+ im Rahmen des laufenden Programms [aufgestockt](#) wurden. In diesem Zusammenhang gelang es dem Parlament, für 2019 eine Aufstockung um 8 % durchzusetzen.

## Potenzial für die Zukunft

Es kann noch mehr getan werden, damit die Entscheidungsträger in der Jugendpolitik mit denen anderer Politikbereiche zusammenarbeiten, um Dienstleistungen und Chancen zu schaffen, mit denen die oben beschriebenen Probleme angegangen werden. Auf EU-Ebene bedeutet dies, dass Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Ziele einschlägiger EU-Fonds und anderer damit zusammenhängender Politikbereiche besser mit den Zielen der EU-Strategie für junge Menschen in Einklang gebracht werden.

Gleichzeitig muss der strukturierte Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern mehr junge Menschen einbinden. Politische Entscheidungen müssen mit Blick darauf, inwiefern die Beiträge junger Menschen in den Dialog einbezogen werden, transparenter werden. Die Förderung durch die EU muss zwar den Zielen gerecht werden, sie muss aber auch besser auf benachteiligte junge Menschen zugeschnitten sein.

## Haushaltsausblick

Mit Blick auf den [Gesamthaushaltsplan](#) der Europäischen Union für 2019 beschloss das Parlament, Änderungen am Standpunkt des Rates zum Entwurf des Haushaltsplans der EU für 2019 vorzunehmen, und stockte die Mittel für junge Menschen auf.

Im Vorfeld des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 fordert die Kommission eine Verdopplung der Mittel für das [Programm Erasmus](#) und schlägt eine Mittelausstattung in Höhe von 30 Mrd. EUR vor. Mit dem neuen Programm soll die Zahl der Teilnehmer verdreifacht und ein Beitrag zur Errichtung eines [europäischen Bildungsraums](#) bis 2025 geleistet werden. Das Parlament strebt eher eine Mittelausstattung in Höhe von 45 Mrd. EUR an und will den Schwerpunkt stärker auf Inklusion richten. Für das [Europäische Solidaritätskorps](#) wird eine Mittelausstattung in Höhe von 1,26 Mrd. EUR zu jeweiligen Preisen vorgeschlagen. Das Europäische Solidaritätskorps hat den [Europäischen Freiwilligendienst](#) abgelöst, und die [EU-Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe](#) soll in den Vorschlag integriert werden, sodass ihr Anwendungsbereich auf Drittstaaten ausgeweitet wird. Der Fonds der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und der sie umschließende Rahmen der Jugendgarantie werden zum [Europäischen Sozialfonds Plus](#) gehören, der in erster Linie darauf abzielt, in Menschen zu investieren und die [europäische Säule sozialer Rechte](#) umzusetzen. Die Säule steht für Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen, sozialen Schutz und Inklusion. Die Einbeziehung mehrerer ergänzender Programme in den Europäischen Sozialfonds Plus stärkt die Kohärenz, verbessert Synergien, erhöht die Flexibilität und die Reaktionsfähigkeit, ermöglicht eine Vereinfachung und senkt den Verwaltungsaufwand für Behörden und Empfänger. Das veranschlagte Budget beläuft sich auf mehr als 100 Mrd. EUR.

## Politische Strategien und Debatten

Die [Idee](#), die sozialen Aspekte der Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und den Zugang zu Bildung zu verbessern, gewann infolge der Finanzkrise und des daran anschließenden verhaltenen Wirtschaftswachstums an Bedeutung. Das Europäische Parlament betonte, dass Programme für

junge Menschen erheblich gestärkt werden müssen, und forderte neue Rechtsvorschriften und andere Maßnahmen für einen zeitgemäßen Zugang zu Bildung. Mit den neuen Haushaltsvorschlägen für den Zeitraum 2021–2027 werden die Mittel für Programme wie Erasmus, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und das Europäische Solidaritätskorps aufgestockt. Dies bedeutet, dass die Befähigung der Jugend als Priorität ihren Stellenwert nicht nur beibehalten, sondern sogar noch **erhöht** hat. Die Herausforderungen in der nächsten Wahlperiode können in drei Bereiche unterteilt werden: Zunächst muss die EU-Strategie für junge Menschen besser auf andere Politikbereiche abgestimmt werden, damit Synergien verbessert und Maßnahmen mit einer sinnvollen und spürbaren Wirkung für junge Menschen umgesetzt werden können. Zweitens müssen alle jungen Menschen durch ihre faire und angemessene Vertretung im strukturierten Dialog gestärkt werden, und zwar unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrem Lebensweg. Dies muss mit Rechenschaftspflicht einhergehen, damit nachvollzogen werden kann, wie die Ergebnisse des strukturierten Dialogs in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Drittens muss ein europäischer Bildungsraum geschaffen werden, der die Kontakte zwischen allen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung in ganz Europa und nicht nur zwischen Hochschulen ausbaut.

## HAUPTQUELLEN

Anglmayer, I.: [The European Disability Strategy 2010–2020](#), EPRS, Juli 2017.

Chircop, D.: [Erasmus 2021–2017: The Union programme for education, training, youth and sport](#), EPRS, November 2018.

Chircop, D.: [Lifelong Learning in the EU](#), EPRS, Oktober 2018.

[European Solidarity Corps and volunteering](#), Fachabteilung Struktur- und Kohäsionspolitik, Europäisches Parlament, September 2017.

Lecerf, M.: [European Social Fund Plus \(ESF+\) 2021–2027](#), EPRS, August 2018.

Parry, M. und Sapala, M.: [Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027 und neue Eigenmittel: Analyse des Vorschlags der Kommission](#), EPRS, Juli 2018.

Parry, M. und Scholz, N.: [How the EU budget is spent: Health Programme](#), EPRS, Dezember 2015.

Prpic, M. und Shreeves, S.: [Politische Maßnahmen der EU im Interesse der Bürger: Gleichstellung von Frauen und Männern](#), EPRS, Oktober 2018.

Pasikowska-Schnass, M.: [Creative Europe programme 2021–2027](#), EPRS, Oktober 2018.

Scholz, N., [Tackling childhood obesity](#), EPRS, März 2017.

Shreeves, R., [The rights of LGBTI people in the European Union](#), EPRS, Juni 2018.

Tymowski, J.: [EU Youth Strategy: European Implementation Assessment](#), EPRS, Februar 2018.



## Endnoten

- <sup>1</sup> Eurobarometer-Flash-Umfrage 455, S. 20.
- <sup>2</sup> Angaben für 2011 siehe [Jugendbericht](#), S. 80.
- <sup>3</sup> Angaben für 2014 und 2017 siehe Eurobarometer-Flash-Umfrage 455, S. 15.
- <sup>4</sup> Die Abbildungen in diesem Abschnitt stammen von Nadejda Kresnichka-Nikolchova.
- <sup>5</sup> In Artikel 32 der Charta der Grundrechte ist der Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz festgeschrieben. In Artikel 9 AEUV ist das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus im Rahmen einer horizontalen sozialen Klausel verankert, das bei allen Unionspolitiken und -maßnahmen berücksichtigt und umgesetzt werden muss. Der Europäische Rat legt jedes Jahr Leitlinien fest, die die Mitgliedstaaten bei ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen müssen (Artikel 145–149 AEUV), und die EU stellt die Freizügigkeit der Arbeitnehmer durch Richtlinien und Verordnungen sicher, die vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet werden (Artikel 45–46). Die Sozialpolitik fällt gemäß Artikel 4 AEUV in die geteilte Zuständigkeit, und die Bereiche soziale Sicherheit und sozialer Schutz werden durch die Artikel 151–161 AEUV abgedeckt, in denen die Ziele des „angemessenen sozialen Schutzes“ dargelegt werden und erläutert wird, wie die EU die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen kann. Artikel 10 und Artikel 19 AEUV besagen, dass die EU das Ziel hat, Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung im Wege ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zu bekämpfen, und dass Rechtsvorschriften angenommen werden dürfen, um gegen diese Arten der Diskriminierung vorzugehen. Die Rechtsgrundlage für die Politik im Bereich Gesundheit und Gesundheitsversorgung bilden in erster Linie Artikel 168 AEUV und Artikel 35 der Charta der Grundrechte, in denen im Hinblick auf alle Politiken und Maßnahmen der EU ein hohes Gesundheitsschutzniveau festgeschrieben ist. Diese Politiken und Maßnahmen ergänzen die nationalen Strategien. Die EU soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördern und dabei die Grenzen der nationalen Zuständigkeiten achten. Durch Artikel 3 Absatz 3 EUV wird sichergestellt, dass das kulturelle Erbe Europas geschützt und entwickelt wird. In Artikel 6 und Artikel 167 AEUV wird erklärt, dass die EU die Bemühungen der Mitgliedstaaten unterstützen, ergänzen und koordinieren soll.

## HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Mitarbeiter des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich bei dem/den Verfasser(n) dieses Dokuments. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung sind – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2019.

Bildnachweise: © ocon10 / Fotolia.

[eprs@ep.europa.eu](mailto:eprs@ep.europa.eu) (Kontakt)

[www.eprs.ep.parl.union.eu](http://www.eprs.ep.parl.union.eu) (Intranet)

[www.europarl.europa.eu/thinktank/de/home.html](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/home.html) (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)

